

07.09.2021

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schützen – Pandemische Leitlinien neu auflegen

zu dem Antrag „**Pandemische Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz**“

Antrag der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14957

I. Ausgangslage

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben sich seit Beginn der Corona-Pandemie solidarisch und höchst verantwortungsvoll gezeigt. Zum Schutz der damals höchst vulnerablen Gruppen haben sie auf ihr gewohntes soziales Leben verzichtet, sind in weiten Teilen aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Mittlerweile sind sie die neue vulnerable Gruppe in Bezug auf Infektionen mit Corona. Die Zahlen der infizierten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen schnell immer weiter in die Höhe. Eltern von Kindern mit Vorerkrankungen, Beeinträchtigungen und Behinderungen machen sich in der aktuellen Lage vermehrt Sorgen um die Gesundheit und Zukunft ihrer Kinder. Viele haben bisher kaum mehr Teil am gesellschaftlichen Leben gehabt. Sie versuchen im Sinne eines inklusiven Lebens für ihre Kinder die Teilhabe an Bildung aufrecht zu erhalten. Pandemische Leitlinien müssen auch als Brücke bis zur Möglichkeit einer freiwilligen Impfung für Kinder und Jugendliche unter 12 Jahren dienen.

Die Auswirkungen der aktuellen Landespolitik auf ungeimpfte oder nicht vollimmunisierte Gruppen zeigt sich aktuell besonders auch unter der Gruppe der Studierenden. Am Beispiel der Universitätsstadt Bonn kann man deutlich beobachten, dass mit Stand 03.09.2021 (Quelle: <https://www.mags.nrw/coronavirus-fallzahlen-nrw>), der Altersbereich der 20-24-Jährigen die höchsten Infektionszahlen aufweist. Die meisten Studierenden waren oder sind noch nicht doppelt geimpft, während die Landesregierung die weitreichenden Öffnungsschritte bereits vollzogen hat. Gleiches gilt laut der Landesregierung übrigens auch für Münster, Aachen und Bielefeld. Man darf daher davon ausgehen, dass alle Städte mit einem Hochschulbetrieb aufgrund der angesprochenen Alterskohorte entsprechende Zahlen aufweisen.

Der bisherige Verlauf der Pandemie hat deutlich gezeigt, die Pandemie ist auch eine soziale Frage. Deshalb muss NRW in einer weiteren Präventionsmaßnahme mehr zur Unterstützung der schwächer aufgestellten Viertel gewährleisten, die gesonderten Impfkampagnen der

Datum des Originals: 07.09.2021/Ausgegeben: 07.09.2021

Städte in diesen Vierteln waren bereits in gutes Instrument. Hier muss weiter gearbeitet werden.

Bildungseinrichtungen zu sicheren Orten machen

Die Testkapazitäten in NRW müssen ausgeweitet werden und dürfen keinesfalls eingeschränkt werden. Alle Schülerinnen und Schüler und alle Kita-Kinder sollen möglichst ein Angebot für PCR-Lolli-Pooltestungen zweimal in der Woche erhalten. Das Robert-Koch-Institut empfiehlt auch für Kitas prophylaktische PCR-Testungen im Pool-Verfahren. Diese Empfehlung darf nicht länger ignoriert werden. Das Land muss die Kommunen deshalb jetzt stärker dabei unterstützen, dass in Kitas und Tagespflege auch PCR-Tests so flächendeckend wie möglich eingesetzt werden können. Antigen-Schnelltests können ein solches Verfahren flankieren. Das darf weder an den Kosten, noch an bürokratischen Hemmnissen scheitern. Freiwerdende Kapazitäten in den Testcentern könnten dafür genutzt werden, mobile Testteams an die Kitas zu schicken, um den Aufwand für die Erzieherinnen und Erzieher zu verringern. Hier könnten gezielt Kooperationen mit Testcentern eingegangen werden. Die PCR-Pooltestung würde auch für die Freizeit von Kindern und Jugendlichen eine höhere Sicherheit bieten. Die Arbeit der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der sonstigen Vereinsarbeit würde so ebenfalls sicherer. Luftfilter müssen in den Kitas und Schulen die Regel und nicht die Ausnahme sein. Die Ansteckungsgefahr in den Räumen verringert sich durch Luftfilter in Kombination mit Lüften und Maskenpflicht um den Faktor 30. Investitionen in Luftfilter sind Investitionen in die Zukunft. Deshalb muss die Landesregierung die Kommunen und Träger der Einrichtungen hier deutlich stärker unterstützen. Zur Entlastung des pädagogischen Personals bei der Eindämmung der Pandemie muss das Alltagshelferprogramm wieder eingesetzt werden.

Kürzere Quarantänen für Eltern und Kinder ermöglichen

Für verkürzte Quarantänen setzt die Gesundheitsministerkonferenz auf „Augenmaß“ in Abhängigkeit von Schutzkonzepten mit Lüftung, Tests und dem Tragen von medizinischen Masken. Die Empfehlungen von einer fünftägigen Quarantäne mit einer Freitestung nach fünf Tagen (statt 14 Tagen) ermöglichen ein hohes Maß an Sicherheit und führen auf Dauer zu weniger infizierten Kindern. Das beugt auch weiterem Unterrichtsausfall vor. Kinder, die in Quarantäne sind, benötigen digitale Angebote, um weiterhin an pädagogischen Angeboten teilzunehmen, aber auch um weiterhin soziale Kontakte zu haben. Hier mangelt es zurzeit an entsprechenden Regelungen und Angeboten. Auch die Betreuung muss gewährleistet sein. Die Kinder-Krankentage sind jedoch vielfach aufgebraucht. Diese Möglichkeit für Eltern muss nun dringend erweitert werden.

Corona-Regeln: Einführung des „Hamburg Modell“ auch in NRW.

Je weniger Menschen insgesamt an Corona erkranken, desto besser sind auch Kinder und Jugendliche geschützt. Um die geltenden Regeln besser kontrollieren zu können, sollen sie in Kombination mit der Vorlage eines Lichtbildausweises erfolgen. Wenn ausschließlich geimpfte und genesene Personen (2G) in Restaurants, Fitnessstudios oder Konzerte gehen, ist das ein kluger und vernünftiger Ansatz, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und gleichzeitig das soziale und wirtschaftliche Leben fortzuführen. Kommen auch getestete Personen hinzu (3G), müssen sich jedoch die Anforderungen an Abstände und Hygienemaßnahmen erhöhen. Die Entscheidung zwischen 2G und 3G sollen wie in Hamburg die jeweiligen Betreiberinnen und Betreiber selbst treffen können. Die Kontaktnachverfolgung bleibt wichtig, um bei einer bekannten Infektion mögliche Betroffene zu informieren und somit zu schützen. Sie in NRW komplett auszusetzen, war ein großer Fehler, deshalb muss sie wieder aufgenommen werden.

Impfung stärken

NRW braucht weiterhin ein staatliches und niedrigschwelliges Angebot für Impfmöglichkeiten gegen das Coronavirus. Um die Impfquote zu erhöhen, muss NRW weiter auf jedes mögliche Angebot setzen. Je mehr Erwachsene geimpft sind, desto besser sind auch Kinder und Jugendliche vor einer Corona-Infektion geschützt. Jeder, der sich impfen lassen kann, aber es nicht tut, gefährdet nicht nur sich, sondern vor allem die Kinder. Deshalb müssen die Impfzentren in den Kreisen und Kommunen länger offengehalten werden.

Long Covid

Das Parlamentarische Begleitgremium Corona hat sich mit Long Covid befasst. Laut Experten erkranken etwa 10% der infizierten Personen auch an Long Covid. Bisher ist noch nicht bekannt wie lange Beeinträchtigungen andauern werden. Köche, die nicht schmecken und riechen können, können ihren Beruf nicht mehr ausüben. Es wird aber auch junge Menschen geben, die jetzt in der Schule, in Ausbildung, im Studium oder gar noch in der Kita sind, die bereits eine Unfähigkeit vor Beginn der eigentlichen Berufstätigkeit entwickelt haben. Programme, um die Menschen wieder teilhaben lassen zu können, müssen entwickelt werden. Negativspiralen in den Einzelbiografien müssen durchbrochen werden und den Menschen Perspektiven eröffnet werden. Jede Corona-Maßnahme muss auch unter dem Aspekt von Long Covid getroffen werden.

Expertenrat wieder einsetzen

Vor der Sommerpause wurde der Expertenrat der Landesregierung aufgelöst. Das war ein großer Fehler, wie sich spätestens jetzt herausstellt. Die Corona-Politik der Landesregierung zeigt dies deutlich. Aber nicht nur für die akute Corona-Politik ist die Beratung durch Experten wichtig. Auch für die langfristigen Folgen der Pandemie ist die Arbeit des Expertenrates wichtig. Die Auswirkung der Pandemie lässt sich unter anderem an den Veränderungen an den Universitäten beobachten. Die Anzahl der Hochschulabsolventen sank 2020 bundesweit um 6%, in NRW um 3,4% im Vergleich zum Vorjahr (Quelle: DESTATIS/IT.NRW), die Promotionen nahmen um ganze 12,6% und die Staatsexamen um 11,8% ab. Damit reißt Corona bereits im Jahr 2020 eine gewaltige Lücke in das universitäre Ausbildungssystem. Dies ist nur ein Beispiel aus einem gesellschaftlichen Bereich.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- 1) die pandemischen Leitlinien auf ihre Tauglichkeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu prüfen und nach ihren akuten Bedarfen auszurichten.
- 2) die Bildungseinrichtungen durch das möglichst flächendeckende Angebot von PCR-Lolli-Pooltestungen und flankierende Schnelltest sicher zu machen. Kürzungen der Zuschüsse an Kommunen für die Durchführung von PCR-Tests an Kitas sind rückgängig zu machen.
- 3) technische Maßnahmen (bspw. Luftfilter) zur Sicherung in allen Bildungseinrichtungen auszuweiten und personelle Unterstützung durch Alltagshelfer in den Kitas zu gewährleisten.
- 4) einheitliche Quarantäneregelungen für Kita und Schule auszusprechen.
- 5) sich dafür einzusetzen, dass Eltern auch in der zweiten Jahreshälfte ausreichend Kinderkrankentage zur Verfügung haben, um Quarantänen und Krankheiten damit abzudecken.
- 6) das „Hamburger Modell“ in NRW einzuführen.
- 7) die Kontaktnachverfolgung wieder einzuführen.
- 8) die Impfangebote zur Erhöhung der Impfquoten weiter auszubauen. Ein wichtiger Teil dieser Infrastruktur sind die kommunalen Impfzentren.

- 9) Long Covid stärker in den Fokus der politischen Beratung zu rücken und die zu treffenden Maßnahmen auch unter der Fragestellung von Long Covid zu betrachten.
- 10) Unverzüglich wieder einen Expertenrat zur Corona-Pandemie einzuberufen. Auch um sich neben den akuten pandemischen Fragestellungen mit den langfristigen Folgen der Pandemie zu befassen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa Kapteinat
Angela Lück

und Fraktion